

# GRÜNES BLÄTTCHEN



**Nr. 85 September 2017**

**Abgasbetrug stoppen**

**Ihr Kandidat,**

**Alexander Tietz-Latza**

**Erlebnisbericht G 20**

**Mein Sohn der Polizist**

**Bundestagswahlkampf ohne**

**Europa?!**

**Gesucht: Idylle mit Eifelcharakter**

**Liebe geht durch den Magen**

**Marshallplan für Afrika**

**Ökocheck**

**Roetgen, Rott und Mularthütte**

GLOBAL DENKEN - LOKAL HANDELN

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



# INHALT

SEITE 3: Abgasbetrug stoppen

SEITE 5: Ihr Kandidat, Alexander Tietz-Latza

SEITE 8: Erlebnisbericht G 20

SEITE 14: Mein Sohn der Polizist

SEITE 16: Bundestagswahlkampf ohne Europa?!

SEITE 19: Gesucht: Idylle mit Eifelcharakter

SEITE 22: Liebe geht durch den Magen

SEITE 26: Marshallplan für Afrika

SEITE 32: Ökocheck

HERAUSGEBER:  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Ortsverband Roetgen  
Rommelweg 35  
52159 Roetgen  
Tel.: 02471/2756  
e-mail: [gruene-roetgen@web.de](mailto:gruene-roetgen@web.de)  
Internet: [www.gruene-roetgen.de](http://www.gruene-roetgen.de)  
Auflage: 3800 Stück  
Redaktionsschluss: Aug. 2017

FRAKTION IM ROETGENER RAT  
c/o Gerd Pagnia  
Jennepeterstr. 4a  
52159 Roetgen  
Tel.: 02471/4953  
e-mail: [gpagnia@web.de](mailto:gpagnia@web.de)  
V.i.S.d.P.:  
Gerd Pagnia



## ABGASBETRUG STOPPEN

Gesundheitsschädliche Abgase, betrogene Autofahrerinnen und Autofahrer und ein Verkehrsminister, der einfach wegschaut.

Wir sagen: Es reicht!

Seit im September 2015 die Mogel-Software von VW aufflog, ist klar, was viele bereits wussten: Die Diesel auf unseren Straßen sind zu schmutzig, ihre Abgaswerte überschreiten die Grenzwerte um ein Vielfaches. Mit schrecklichen Folgen: Die Europäische Umweltagentur macht giftige Stickoxide für mehr als 10.000 vorzeitige Todesfälle allein in Deutschland verantwortlich.



Endlich hinsehen und aufklären

Auf Konsequenzen warten Betroffene vergeblich, obwohl der Betrug immer größere Kreise zieht. Große deutsche Autobauer stehen unter Verdacht, den Abgasbetrug durch illegale Kartellabsprachen organisiert zu haben. Verkehrsminister Dobrindt reagiert mit systematischem Wegschauen und spielt den Betrug an Umwelt und Verbraucherinnen und Verbrauchern



herunter. Auf Entschädigungen wie in den USA können Autobesitzerinnen und Autobesitzer hier bisher nicht hoffen. Nach einer fragwürdigen Umrüstung, die so gut wie nichts am weiterhin viel zu hohen Abgasausstoß ändert, werden sie im Stich gelassen. So darf es nicht weitergehen!

## Endlich handeln

Der Betrugsskandal muss endlich lückenlos aufgeklärt werden. Wir GRÜNE finden uns nicht damit ab, dass Abgasvorschriften nur im Labor, aber nicht auf der Straße erfüllt werden! Grenzwerte sind da um die Menschen zu schützen. Sie müssen eingehalten werden. Wir brauchen schnellstmöglich bundesweite Maßnahmen für saubere Luft: Abgas- und Verbrauchstests müssen realistisch und ihre Ergebnisse nachvollziehbar werden – das geht nur mit unabhängigen Prüfstellen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen eine echte Entschädigung erhalten und die Autoindustrie muss auf eigene Kosten alle betroffenen Fahrzeuge nachbessern.

## Für saubere Luft in unseren Städten

Denn noch immer kommen 70 Prozent aller klimaschädlichen Emissionen in unseren Städten aus dem Verkehr, zwei Drittel aller Bürger\*innen fühlen sich durch Verkehrslärm belästigt. Die Luft in vielen Städten ist gesundheitsgefährdend schmutzig: Stickoxide und Feinstaub aus Autoabgasen belasten die Luft und verursachen Atemwegserkrankungen. In Großstädten übersteigt die Schadstoffbelastung die zulässigen Grenzwerte. Wir wollen diese Gefahr für Leben und Gesundheit nicht länger hinnehmen!

## Verkehrswende jetzt!

Der Abgasskandal ist ein Weckruf für moderne Mobilität und zeigt: Die Zukunft fährt abgasfrei. Für saubere Luft, Klimaschutz und eine Automobilwirtschaft, die auch künftig vorne dabei ist, wollen wir GRÜNE:

- ab 2030 nur noch abgasfreie Autos neu zulassen und dafür jetzt die Voraussetzungen schaffen
- den ÖPNV stärken mit einem deutschlandweiten MobilPass
- bessere Infrastruktur für den Radverkehr ausbauen

**AM 24. SEPT. GRÜN WÄHLEN**



## IHR BUNDESTAGSKANDIDAT ALEXANDER TIETZ-LATZA

### Meine europäische Geschichte

Von Köln nach London, in die Schweiz und via Brüssel in die StädteRegion. Leben, Studieren, Arbeiten – wo ich möchte. Was für mich noch selbstverständlich möglich ist, versuchen die Ewiggestrigen gerade abzuschaffen. Als ausgebildeter Jurist, spezialisiert auf internationale Beziehungen, arbeitete ich im Europaparlament, bei der Heinrich Böll Stiftung und in gemeinnützigen Vereinen. Beruflich jetzt an der RWTH im Bereich Altern, Medizin & Technik. Jahrgang 1981 – Eingetragene Partnerschaft.



### Leben mit Zukunft wählen

Gerade wir Menschen in der Euregio wissen um die kritische Abhängigkeit vom internationalen Miteinander. Strahlung macht nicht an Grenzen halt, genauso wie Abgase, Umweltgifte und andere Gefahren für unser Leben und unsere Lebensgrundlagen. Jeden Tag sterben 124 Menschen an Feinstaub,





10x mehr als bei Verkehrsunfällen. Kein Nationalstaat kann sich seiner Verantwortung entziehen. Auch Deutschland kann sich die 90 Millionen Tonnen Kohlendioxid aus der Verfeuerung von Braunkohle nicht mehr leisten. Wer europäisches Miteinander, nachhaltiges Leben und Wirtschaften, wer Klima und Umwelt schützen will, muss am 24.09. GRÜN wählen.

## Recht auf Gesundheit

Medizinischer Fortschritt muss der gesamten Gesellschaft zu Gute kommen. Selbstbestimmt, bei hoher Lebensqualität und würdig leben - in jedem Alter! GRÜN ist Garant dafür, dass aktive Teilhabe für alle möglich ist. Zusammen müssen wir heute die Veränderungen anpacken, die notwendig sind, damit wir morgen noch gut leben können. Darum GRÜN.

## ZUKUNFT WIRD AUS MUT GEMACHT!

### 1. KLIMASCHUTZ VORANBRINGEN

Wir wollen, dass Deutschland seine Klimaschutzziele einhält und steigen aus der Kohle aus. Wir führen einen nationalen Mindestpreis für Klimaverschmutzung ein. Bis 2030 wollen wir unser Ziel 100% Erneuerbare im Strombereich erreichen. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke schalten wir sofort ab.

### 2. E-MOBILITÄT ZUM DURCHBRUCH VERHELFFEN

Wir wollen ab 2030 nur noch abgasfreie Autos neu zulassen und schaffen dafür entsprechend die steuerlichen, fiskalischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die emissionsfreie Mobilität der Zukunft. Nur so bleibt die deutsche Autoindustrie wettbewerbsfähig, nur so sichern wir Jobs und Wertschöpfung.

### 3. LANDWIRTSCHAFT NACHHALTIG MACHEN

Wir schaffen die industrielle Massentierhaltung über die nächsten 20 Jahre ab, erhöhen die Tierschutzstandards und steigen um auf eine Landwirtschaft ohne Ackergifte und Gentechnik.

### 4. EUROPA ZUSAMMENFÜHREN

Wir werden massiv in die ökologische Modernisierung und die Zukunft Europas investieren. So bekämpfen wir auch die hohe Arbeitslosigkeit in vielen Ländern - statt zwei Prozent der Wirtschaftsleistung (rund 30 Milliarden Euro) in mehr Verteidigung zu stecken.



## 5. FAMILIEN STÄRKEN

Wir investieren in gute Bildung, bessere Kitas und Schulen. Wir bekämpfen Kinderarmut und stärken Alleinerziehende. Mit unserem grünen Familienbudget investieren wir 12 Milliarden Euro zusätzlich.

## 6. SOZIALE SICHERHEIT SCHAFFEN

Wir wollen soziale Sicherheit in Zeiten großer Umbrüche erhalten und soziale Ungleichheit verringern. Wir beenden die Zwei-Klassen-Medizin und stabilisieren das Rentenniveau durch die solidarische Bürgerversicherung für alle. Die Arbeitgeber beteiligen wir wieder paritätisch an den Kosten.

## 7. INTEGRATION ZUM ERFOLG FÜHREN, FLÜCHTLINGE SCHÜTZEN

Wir wollen, dass anerkannte Flüchtlinge ihre Familien nachholen dürfen, denn auch das hilft ihnen, sich zu integrieren. Eine Obergrenze gibt es mit uns nicht. Weitere Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab.

## 8. GLEICHBERECHTIGT UND SELBSTBESTIMMT LEBEN

Wir sorgen dafür, dass gleichwertige Arbeit endlich gleich bezahlt wird - egal, ob sie von Frauen oder Männern geleistet wird. Und wir durchbrechen die gläserne Decke, an die Frauen in ihren Karrieren viel zu häufig stoßen.

## 9. FREIHEIT SICHERN

Wer frei leben will, muss sich sicher fühlen können. Wir nehmen Bedrohungen ernst und reagieren mit Augenmaß und unter Wahrung der Bürgerrechte. Wir sorgen für eine gut ausgestattete Polizei und stärken die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden.

## 10. FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN

Wir beenden Rüstungsexporte an Diktaturen und Krisenregionen mit einem verbindlichen Rüstungsexportgesetz. Mit fairen Handelsabkommen stärken wir ökologische und soziale Standards weltweit. Der Kampf gegen die Klimaerhitzung ist auch ein Kampf gegen Fluchtursachen.

*Alexander Tietz-Latza*





# ERLEBNISBERICHT G 20 HAMBURG

## Ein persönlicher Erlebnisbericht vom G20-Gipfel in Hamburg

**A**ls fest stand, dass der G 20 Gipfel in Hamburg stattfinden wird, beschlossen wir, dort eine Woche Urlaub zu machen. Zum einem kannten wir Hamburg noch nicht, zum anderen wollten wir den Urlaub auch damit verbinden, friedlich an den Demonstrationen zum G 20 Gipfel teilzunehmen.

### Warum demonstrieren?

Häufig wurden wir gefragt, warum wir überhaupt dort demonstrieren wollen, denn es sei doch nicht so schlecht, wenn die verantwortlichen Menschen miteinander sprechen würden. Ja, das stimmt, aber hier nur einige Punkte zum Nachdenken:

- Wieso reden nur 20 Staats- und Regierungschefs miteinander?
- Wieso maßen sich diese ausgesuchten Länder an, über die gesamte Weltpolitik und Weltwirtschaft zu bestimmen?
- Warum sitzen z. B. die Länder, die von Klima- und Entwicklungspolitik am stärksten betroffen sind, nicht mit am Tisch?

Am Samstag, dem 01.07., kamen wir mit dem Zug und unseren Fahrrädern am Bahnhof Hamburg-Altona an. Wir hatten im Schanzenviertel eine schöne Ferienwohnung gebucht, in der wir uns sofort wohl fühlten. Die ersten Tage haben wir als Touristen die Stadt kennen und schätzen gelernt. Die Lage an der Elbe, die lebendigen und alternativen Stadtviertel wie Schanzenviertel, Ottensen und Altona, der imponierende Hafen, die Elbphilharmonie, die Innenstadt mit dem Chilehaus und natürlich auch die beeindruckende Speicherstadt machen Hamburg zu einem sehr empfehlenswerten Reiseziel.





## Eine absurde Situation

Am Sonntag, dem 02.07., nahmen wir an der ersten Demo „G20-Protestwelle“ mit ca. 12.000 Menschen teil. Es war eine bunte und kreative Demo, die an der Innenalster unter der Begleitung von vielen Booten begann. Der Verlauf war friedlich und das Verhalten der Polizei normal. Bei der Abschlusskundgebung hatten einige Demonstranten ihre Zelte auf dem Rathausmarkt aufgeschlagen, um auf die unerträgliche Situation im Camp Entenwerder aufmerksam zu machen. Obwohl ein Gericht das Camp für zulässig erklärt hatte, waren durch eine Polizeiverfügung Schlafzelte untersagt worden. Um uns ein eigenes Bild zu machen, fuhren wir am Montag mit unseren Rädern zu diesem Camp nach Entenwerder. Bei schlechtem Wetter herrschte dort eine niedergeschlagene Stimmung. Die Polizei war ständig präsent und hinderte Menschen auch tagsüber daran, sich in den Veranstaltungszelten oder auf der Wiese hinzulegen. Eine völlig absurde Situation! Wie schön war es am nächsten Tag für uns zu sehen, dass christliche Gemeinden ihre Parkanlagen rund um ihre Kirchen den Demonstranten mit ihren Zelten zur Verfügung gestellt hatten - auch eine moderne Form des Kirchenasyls.

## Überraschende Begegnung mit der Polizei





Am Dienstag erreichten wir nach einer Fahrradtour gegen 22:00 Uhr den Pferdemarkt in Hamburg. Dort sahen wir, dass mit Wasserwerfern Straßen geräumt wurden. Die Polizei ging gegen das sogenannte „Cornern“ vor, welches bedeutet, dass Musik in den Straßen gemacht wurde und Essen verkauft bzw. verschenkt wurde. Dies war eine Aktion auch zur Unterstützung der Demonstranten, die in Entenwerder vertrieben worden waren. Am selben Abend befanden wir uns gegen 24:00 Uhr auf dem Rückweg zu unserer Ferienwohnung und gingen – unsere Fahrräder schiebend – eine ruhige schmale Straße entlang. Die Straße war wenig belebt, bis auf uns gab es nur einige junge Leute, die in einer kleinen Eckkneipe draußen ein Bier tranken. Plötzlich kam eine Gruppe von ca. 20 Polizisten in Kampfmontur und räumte die Straße. Wir waren total überrascht und gingen davon aus, dass die Polizisten an uns vorbei gehen würden. Statt dessen wurden wir von den Polizisten grob gepackt und mit Gewalt vor ihnen her gestoßen. Zum Glück hatte der Einsatzleiter nach kurzer Zeit ein Einsehen und gab den Befehl uns loszulassen.

## Demo gewaltsam aufgelöst

Am Donnerstag wollten wir an der

Demo, die am Fischmarkt um 16:00 Uhr starten sollte, teilnehmen. Was wir dort erleben mussten, hat uns nachhaltig schockiert. Nach einer Wartezeit von mehr als drei Stunden forderte uns die Polizei am Alten Fischmarkt auf, los zu gehen. Die Durchsage kam von einem Wasserwerfer, der hinter dem Platz stand. Vor der Demo standen jedoch drei Wasserwerfer, die das Starten der Demo verhinderten. Obwohl wir zunächst im hinteren Teil der Demo mitgehen wollten, fühlten wir uns nach dieser Aufforderung vor dem Wasserwerfer sehr unwohl. Wir gingen daher auf die Promenade, welche erhöht als Hochwasserschutz zwischen Hafenstraße und Elbe gebaut wurde. Dort hofften wir, einigermaßen sicher zu sein. Auf Grund des erhöhten Standortes konnten wir sehr gut sehen, wie die Polizei plötzlich koordiniert, ohne Anlass und auch ohne vorherige Ansage mit massiver Gewalt gegen bis dahin friedliche Demonstranten vorging. Es wurde geprügelt, es gab Faustschläge ins Gesicht, Tränengas und Wasserwerfer wurden eingesetzt. Die Menschen flohen von der Hafenstraße über die Mauer auf die Promenade, wo wir uns befanden. Dort herrschte helle Panik, denn nun setzte die Polizei auch dort Tränengas und Wasserwerfer ein. Auch wir gerieten in Panik und



wollten uns nur noch in Sicherheit bringen. Dies wurde jedoch durch Polizeiketten verhindert, die niemanden durchließen. Der Darstellung der Polizei, dass diese Aktion zur Trennung von friedlichen und gewalttätigen Demonstranten dienen sollte, müssen wir daher deutlich widersprechen.

## Stimmung umgeschlagen - wie ein Kippschalter



Nachdem die Polizei diese Demo ohne rechtmäßigen Grund äußerst

gewalttätig aufgelöst hatte, war eine sehr aggressive Stimmung in der Stadt. Sobald Polizisten in einer Straße oder auf einem Platz auftauchten, riefen die Menschen – nicht nur schwarz gekleidete – „Haut ab, haut ab“ oder „Ganz Hamburg hasst die Polizei“. Es war wie ein Kippschalter, der umgelegt worden war. Straßen wurden mit umgekippten Müllcontainern oder Steinen blockiert. Einsatztruppen der Polizei rannten (nach unserem Eindruck größtenteils plan- und ziellos) durch die Stadt und machten wenig Unterschied, ob sie einfach nur feiernden Studenten, Anwohnern oder gewaltbereiten Menschen begegneten. Das Auftreten der Polizei war kontraproduktiv und bewirkte an diesem Abend eine Solidarisierung der Bevölkerung mit gewaltbereiten Menschen.

## Explosionen, Hubschrauber, Sirenen

Am Freitag wurden wir von Explosionen, niedrig fliegenden Hubschraubern und Sirenen geweckt. In den Straßen waren viele Gruppen von Menschen unterwegs. Geschäfte wurden zerstört und geplündert, alles, was brennbar war, wurde angezündet. In den kleineren Straßen herrschte bis zum Samstag tatsächlich ein rechtsfreier Raum, da die Polizei sich auf die zentralen



Plätze konzentrierte. Es randalierten neben gewaltbereiten Akteuren auch viele Hamburger Jugendliche. In diesen Tagen fühlten wir uns im öffentlichen Raum nicht mehr sicher, wobei wir am meisten Angst vor der Polizei hatten, da sie wahllos gegen alle Menschen vorging, die sich auf den Straßen aufhielten.

Am Samstag war die Hauptdemo, an der über 75.000 Menschen teilnahmen. Leider ist der Protest dieser vielen engagierten Menschen in den negativen Bildern völlig untergegangen. Als Reaktion auf die Übergriffe der Polizei wurde ein Plakat mit einem Zitat von Hannah Arendt mitgeführt: ***Kein Mensch hat das Recht zu gehorchen!***

## Grundrechte bedroht

Unserer Meinung nach müssen die Hamburger Ereignisse sorgfältig aufgearbeitet werden. Selbstverständlich sind wir der Meinung, dass eine Strafverfolgung gegen Randalierer und Gewalttäter statt finden muss, aber die zahlreichen Übergriffe von Polizisten müssen im gleichen Maße verfolgt werden. Viel wichtiger ist es aber noch, die Strategie der Polizeileitung durch politische Gremien zu untersuchen. Unserer Meinung nach ist die Demo am Donnerstag mit Absicht rechtswidrig aufgelöst worden, was zu einer Eskalation der Gewalt führte. Das vom Grundgesetz garantierte Recht auf Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut, welches hier gezielt und ohne Grund außer Kraft gesetzt wurde.







Der Staat besitzt zu Recht das Gewaltmonopol, muss im Gegenzug aber auch besonders verantwortlich mit seiner Macht umgehen. Eine Polizeiführung, die strukturiert und gezielt Recht missachtet, kann nicht hingenommen werden. Unser Rechtsstaat ist in Gefahr, wenn Polizeitaktik in schwierigen Situationen ausschließlich von Repression bestimmt wird.

*von Claudia und Raimund Ellenbeck (55 und 62 Jahre alt)*





## MEIN SOHN DER POLIZIST

In Anbetracht der Bilder vom G20 Gipfel in Hamburg möchte ich auch einmal aus Sicht eines Vaters auf die Berichte zu den Ausschreitungen von Hamburg reagieren.

Seit mein Sohn bei der Polizei in Köln ist, sehe ich bei solchen Aufmärschen wie in Hamburg nicht nur die Helme, Schilde und Schlagstöcke, sondern junge Leute, die sich entschieden haben bei der Polizei zu arbeiten. Zur Ausbildung gehört - wie auch in NRW - für die meisten eine 3-jährige Zeit in der Hundertschaft der Polizei, bevor sie wieder in den Streifendienst oder ähnliches überwechseln.

Diese Hundertschaften werden bei solchen Demonstrationen und nicht zu vergessen auch an den Wochenenden bei unseren Fußballspielen eingesetzt, wo sie sich mit sogenannten „ULTRAS“ herumschlagen dürfen. Da diese allerdings nicht politisch motiviert sind, werden sie nicht als linke Chaoten tituliert, sondern als Fußballrowdys, was anscheinend etwas vollkommen anderes ist.

### Ein Recht auf Gewalt als politisches Mittel gibt es nicht.

Ich finde Gewalttäter sind, egal wo und wie sie auftreten, Rechtsbrecher und sollten auch so behandelt werden. Ein Recht auf Gewalt als politisches Mittel gibt es nicht.

Bevor ein junger Mensch als Polizeibeamter eingesetzt wird, muss er eine anspruchsvolle Aufnahmeprüfung bestehen und ein dreijähriges Bachelorstudium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung absolvieren. Im Grund- und Hauptstudium wird er vor allem in den Fächern Einsatzlehre, Kriminalitätskontrolle (bedeutet Grundlagen der Kriminalistik und Kriminaltechnik), Kriminologie, Verkehrssicherheitsarbeit (Verkehrslehre/Verkehrsrecht), Staatsrecht/Eingriffsrecht, Strafrecht, Öffentliches Dienstrecht, Sozial- und Politikwissenschaften, Führungslehre, Soziologie/Psychologie sowie Ethik unterrichtet und geprüft. Nach Abschluss des Studiums wird er als Polizeikommissarin bzw. als Polizeikommissar in den Dienst übernommen.

Man sieht also, es handelt sich bei den in Hamburg eingesetzten Polizeibeamten nicht um irgendwelche Schläger, die Spaß am Draufschlagen haben, sondern um gebildete junge Leute, die ihren Kopf für uns alle hinhalten und unsere Demokratie schützen.





Bevor Sie mich falsch verstehen, ich bin gegen ein - für mich nicht legitimes - G20-Treffen von Staatschefs wo auch immer und erst recht in einer Großstadt wie Hamburg. Die Ergebnisse eines solchen Gipfels sind sowieso eher bescheiden, und in ein paar Monaten wird man nichts mehr darüber hören.



©Fionn Große\_pixelio.de

Dass von Seiten der Polizeiführung, so es eine solche überhaupt gegeben hat, große Fehler gemacht wurden, ist, glaube ich, unbestritten. Ich denke auch, dass das Ganze parlamentarisch aufgearbeitet werden muss und halte es für wichtig, offensichtlich verhängnisvolle Fehler von Polizeiseite einzugestehen und bei ähnlichen Einsätzen in der Zukunft zu vermeiden.

Noch zwei Gedanken zum Schluss:

Die Demonstrationsfreiheit ist ein Grundrecht und darf nicht mit vorgeschobenen Argumenten, wie in Hamburg geschehen, eingeschränkt werden. Es gibt immer noch eine große Zahl von Bürgern, die friedlich demonstrieren möchten, und das muss gewährleistet sein.

Für meinen Sohn wünsche ich mir, dass er auch weiterhin seinen Streifen dienst versehen kann und nicht verletzt wird, ob durch einen Molotowcocktail oder was auch immer gegen unsere Polizisten eingesetzt wird.

*Gerd Pagnia*



## EIN BUNDESTAGSWAHLKAMPF OHNE EUROPA?!

Es scheint beinahe, als sei die Bundestagswahl schon gelaufen. Jedenfalls wenn man den Wahlanalyst\*innen und politischen Kommentator\*innen Glauben schenken mag. Der Bundestagswahlkampf wird von den „großen“ Parteien bestimmt und bleibt damit weitestgehend inhaltsleer. Eine tatsächliche Absicht von Kurskorrekturen muss man bei fast allen Mitkonkurrenten mit der Lupe suchen. Vielmehr ist ein 'weiter so' das Credo. Aber es kann eben nicht so weiter gehen.

### Kein 'weiter so'!

Es kann kein 'weiter so' in Fragen der Ökologie und des Umweltschutzes geben, in der Integration, in der Außenpolitik, in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Probleme, die es zu lösen gibt, können in weiten Teilen nicht mehr nationalstaatlich gelöst werden. Die Europäische Union wird dabei für uns immer wichtiger und sie muss im Bundestagswahlkampf eine viel zentralere Rolle spielen. Das Handeln der Bundesregierung nach dem Motto 'zuerst die deutschen Interessen' (z.B. in Fragen der Agrar- und Landwirtschaft, der Automobilindustrie, der Finanzpolitik), darf nach der Bundestagswahl keine Fortsetzung finden.





## Europäische Werte

Noch nie haben sich so viele Bürgerinnen und Bürger in den Ländern der Europäischen Union als Europäer\*innen gefühlt und auch als solche bezeichnet. Eine erste Generation wächst ohne die Erfahrung von Grenzkontrollen auf. Wir können uns frei bewegen, den Ort des Studiums frei wählen, wohnen und arbeiten innerhalb der EU, wo wir es möchten. Gerade in Aachen und Umgebung spürt man die europäische Einigung. Dieses hohe Gut darf nicht weiter denjenigen preisgegeben werden, die die Grenzen bewacht sehen wollen, die nationalstaatliche Interessen über europäische Werte stellen und die einen Rückbau der EU fordern. Jetzt, wo Europa von innen und außen unter Druck gerät, braucht Europa eine klare Strategie für seine Weiterentwicklung, brauchen die Menschen, deren Herz für ein freies, tolerantes, ein rechtsstaatliches und respektvolles Europa schlägt, eine politische Kraft, bei der sie sich wiederfinden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

### 1. Zukunftsfonds für ökologische und soziale Modernisierung

Wir GRÜNE wollen einen Zukunftsfonds im EU-Haushalt für Europa einrichten, der mittels öffentlicher Investitionen die ökologische und soziale Modernisierung vorantreibt, darüber hinaus Mitgliedstaaten in Notsituationen unterstützt und Wirtschaftskrisen bekämpft. An diesem Fonds sollen sich alle EU-Staaten beteiligen dürfen, die im Gegenzug stärkere Maßnahmen gegen aggressive Steuervermeidung und Steuerhinterziehung ergreifen. Mit einem solchen Steuerpakt starten wir eine Investitionsoffensive für ein modernes und gerechtes Europa. Die soziale Spaltung Europas wollen wir so durch die Einführung von Mindeststandards abbauen und die europäische Jugendgarantie wollen wir stärken. In der EU soll jeder junge Mensch spätestens vier Monate nach dem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten.

### 2. Demokratie in der EU stärken – Europa der Bürger\*innen schaffen

Wir wollen Europa gemeinsam mit seinen Bürger\*innen weiterentwickeln, transparenter, demokratischer und erfahrbarer machen. Wir wollen das direkt gewählte Europäische Parlament als zentralen Ort der europäischen Demokratie stärken, unter anderem durch die Möglichkeit, eigene Gesetzesvorschläge einzubringen. Der Minister\*innenrat und seine vorbereitenden Gremien sollen in Zukunft öffentlich tagen. Wir wollen



ein verbindliches Lobbyregister und einen legislativen Fußabdruck, damit erkennbar wird, wer wann an einem Gesetz gearbeitet hat. Wir wollen Beteiligungsinstrumente wie die Europäischen Bürger\*inneninitiativen und europäische Bürger\*innenforen ausbauen. Wir stärken den gesellschaftlichen Austausch und öffnen den europäischen Friedensdienst für alle.

### 3. Zukunftspakt zwischen EU und Afrika

Europa hat gegenüber Afrika eine historische Verantwortung und wir sind vielfältig miteinander verbunden. Wir wollen einen Grünen Zukunftspakt mit den Ländern in Afrika, der gemeinsam erarbeitet wird und der die Agenda der Afrikanischen Union unterstützt. Im Zentrum stehen zivile Krisenprävention und der Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen sowie funktionierende Steuersysteme. Wir wollen eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung fördern durch den Ausbau erneuerbarer Energien so wie sozial-ökologische Investitionen. Insbesondere verfolgen wir hierbei eine gerechte Agrar- und Handelspolitik mit einer fairen Zusammenarbeit mit afrikanischen Produzent\*innen und einer nachhaltigen Weiterentwicklung der afrikanischen klein bäuerlichen Landschaft. So schaffen wir Perspektiven

für die Menschen in Afrika. (siehe hierzu auch den Beitrag zum Marshallplan für Afrika auf Seite 26)



#### Mehr EU, weniger Nationalstaat

Das sind die drei EU-Kernbotschaften zur diesjährigen Bundestagswahl. In zwei Jahren finden die Wahlen zum europäischen Parlament statt. Wir können nicht bis dahin warten, um Schlimmeres zu verhindern. Wir

müssen in der EU endlich weg von Austerität hin zu einer solidarischen und zukunftsorientierten Investitionspolitik. Es muss Schluss sein mit falschen Privatisierungen und „Freihandelsabkommen“, die Menschen in den Ruin treiben, weil frei nicht gleich fair ist. Und wir brauchen mehr EU und weniger Nationalstaat.

*Oliver Bühl*



## IDYLLE MIT EIFELCHARAKTER

### Gestaltgutachten - Bauvorschriften für Roetgen?

**A**m Ufer des Walchensees, einem der schönsten Seen Bayerns, kommen mir bei der Betrachtung der Häuser des nahgelegenen gleichnamigen Dorfes Gedanken, die sehr gut zu einem aktuellen Thema passen, das uns gerade in Roetgen beschäftigt.

Dass wir in Bayern sind, ist nicht zu übersehen. Woran liegt das? Mitnichten nur an der traumhaften Landschaft mit Bergen, Seen und Flusstälern, sondern auch an den Gebäuden, den Wohnhäusern, der Architektur insgesamt. Der bayrische Baustil ist unverwechselbar und doch vielseitig genug, um nicht das Gefühl von Uniformität aufkommen zu lassen. Während die üppig bemalten und verzierten Fassaden der alten Ortskerne von Garmisch oder Oberammergau zwar eindrucksvoll und fotogen, aber nicht jedermanns Geschmack sind, haben die neueren Gebäude meist Form, Größe (zweigeschossig) und Details wie Dachüberstand, Holzbalkone und Putzfassade übernommen, punkten jedoch durch Funktionalität und den dezenten Einsatz neuerer Entwicklungen

oder Modeerscheinungen wie waagerechter statt senkrechter Holzverschalung oder größerer Fensteröffnungen.

### Bayern ist Bayern, Sauerland ist Sauerland... und die Eifel?

Tja, Bayern ist halt Bayern, aber warum so weit in die Ferne schweifen? Auch im Sauerland erkennt man an den Gebäuden sofort, wo man ist. Erlaubt sind helle Putzfassaden oder Verkleidungen aus Schiefer oder Holz und dunkle Dächer. Die Gebäude fügen sich in die Landschaft ein, es gibt kaum Störkörper. Und die Eifel? Auch hier gab es einmal die ortstypische Bebauung (zweigeschossig mit steilem, wetterseitig tief herab gezogenem Dach, Fachwerk, dunklen Tonziegeln), die aber nur noch in seltenen, meist denkmalgeschützten Häusern oder Fragmenten erhalten ist.

Ich habe keine Ahnung, warum in zwei nicht weit entfernten, ansonsten ähnlichen Gegenden solch eine unterschiedliche Entwicklung stattgefunden hat. Vielleicht liegt es in der Eifel an der relativen Nähe zu Großstädten, in denen Menschen unterschiedlichster Herkunft und Individualisten zusammentreffen, die



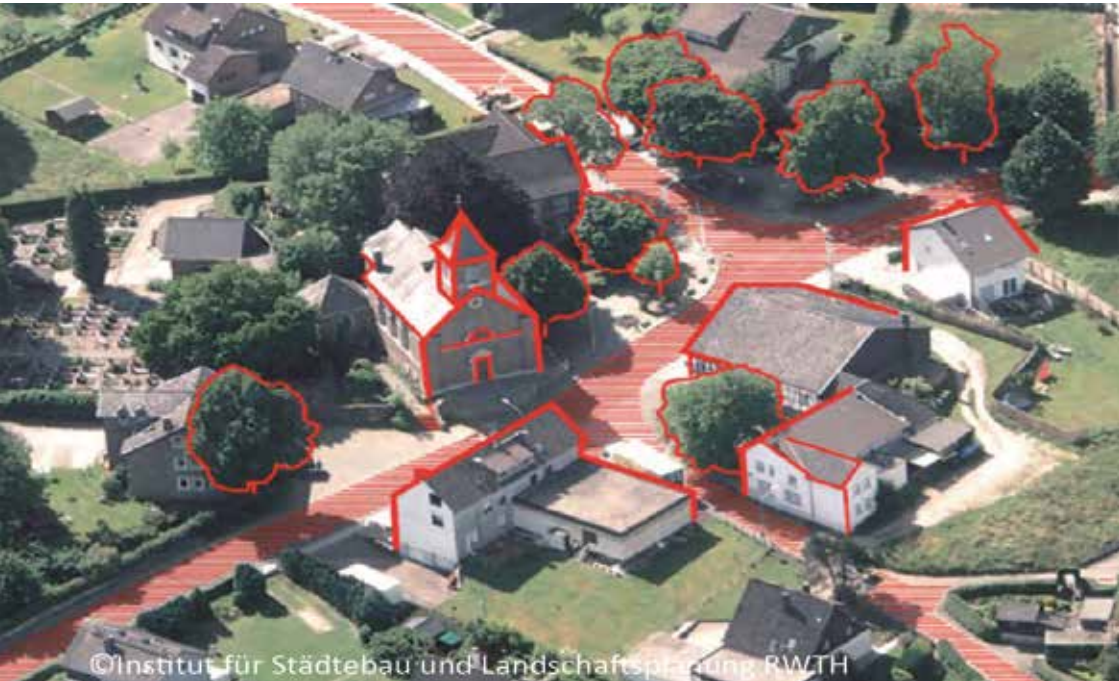
sich gerne auf preiswertem Grund und Boden in naturnaher Umgebung selbstverwirklichen möchten und dabei manches Mal nicht daran gedacht haben, sich ein wenig der neuen Umgebung anzupassen.

## Wohn- und Lebensqualität erhalten

Zwei verschiedene Aspekte dieser Entwicklung des Bauens in Roetgen

und Maßnahmen vorzuschlagen, wie die noch besondere Wohn- und Lebensqualität in Roetgen erhalten werden kann.

Ein Aspekt ist die - nennen wir es mal so - Gedankenlosigkeit mancher Bauherren oder Architekten, die ihre neuen Vorgärten mit pflegeleichtem Splitt statt Gras und Blumen befüllen und ihr Gelände mit "modernem" Doppelstabmattenzaun mit Sichtschutzstreifen aus



haben uns bewogen, das Institut für Städtebau und Landesplanung der RWTH Aachen zu beauftragen, ein Gutachten zu erstellen, um eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Bebauung zu machen

PVC statt mit der ortstypischen Buchenhecke begrenzen. Und da sind zum anderen die Investoren, die - verständlicherweise - Rendite erzielen wollen und zu große, zu hohe und zu dominante Gebäude auf zu kleinen Grundstücken errichten.





## Sanfte Steuerung der Bautätigkeit

Beide Arten der baulichen Entwicklung in Roetgen sind möglich durch das Baugesetzbuch, welches die Kriterien des Einfügens eines Vorhabens in die Umgebung unzureichend definiert, durch eine StädteRegion, die diese Kriterien zusätzlich großzügig im Sinne des Bauherrn auslegt, und eine Gemeinde Roetgen (Verwaltung und Gemeinderat), die bisher mehrheitlich jedes neue größere Bauvorhaben als Fortschritt begrüßt und sich dagegen ausgesprochen hat, allgemeingültige Planungsvorgaben zu erlassen. Mit dem unserer Meinung nach hervorragenden Gutachten von Professor Westerheide und seinen Mitarbeitern nun werden uns verschiedene Wege und Instrumente aufgezeigt, wie eine sanfte Steuerung der Bautätigkeit erfolgen kann, dies sind neben einem Bebauungsplan für ein begrenztes Gebiet vor allem die Gestaltungs- und Erhaltungssatzung.

## Bürgerversammlung

Eine Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen ist zeitaufwändig und kostspielig, und da es um die Heimat von uns allen, unser Roetgen, geht, wollen wir den von Beginn an eingeschlagenen Weg, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, konsequent weiterverfolgen. Deshalb soll nach dem ersten Schritt, den Umfragebögen und deren Auswertung, als zweiter Schritt eine Bürgerversammlung stattfinden, in der die städtebaulichen Instrumente zum Schutz des Ortsbildes vorgestellt und diskutiert werden.

Wir bitten nun alle an der zukünftigen Entwicklung Roetgens interessierten Mitbürger\*innen darum, zu dieser Versammlung zu kommen und Ihre Meinung zu äußern. Auch empfehlen wir dringend, das hochinteressante Gestaltgutachten von Professor Westerheide zu lesen. Es ist als Download zu finden unter:

<https://www.roetgen.de/rat-und-verwaltung/planen-bauen/>

**Bürgerversammlung am 12. Oktober 2017**

**19 Uhr im Bürgersaal**

*Gudrun Meßing*



# LIEBE GEHT DURCH DEN MAGEN

## Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen

Liebe geht durch den Magen - außer man hungert.  
 Was können wir tun, damit alle satt werden und sich aussuchen können, was sie noch zu ihren Brötchen dazu verdienen wollen, dass sie nicht mehr ausbrennen, keine Existenzangst haben und keine sinnlose Arbeit verrichten müssen? Ein Blick über den Tellerrand:



Ein bedingungsloses Grundeinkommen beseitigt nicht alle Probleme dieser Welt. Aber das ist kein Grund, es nicht trotzdem einzuführen, um sehr sehr SEHR viele Probleme zu lösen.

Es kommt auf den Versuch an.

Was würdest du tun, wenn für dein Grundeinkommen gesorgt wäre? Was



würdest du arbeiten, wie viel, warum, und unter welchen Voraussetzungen? Vielleicht hast du schon Antworten darauf, vielleicht willst du dich aber auch drücken und kommst mit Gegenfragen: „Wollen Sie mich auf den Arm nehmen? Und wie wäre denn ein Grundeinkommen überhaupt finanzierbar?“ Wollen wir mal die Finanzierbarkeit ins Auge fassen. Statt AUF will ich dich lieber IN den Arm nehmen, biete dir das DU an, und verspreche dir, den Dorn im Auge mit der Finanzierbarkeit bekommen wir auch noch rausgewaschen. Komm näher, ich drücke mal kräftig auf die Tränendrüsen:



## Recht auf Würde

Vielleicht kennst du einen Menschen oder hast von einem gehört, der seine Arbeit verloren hat, weil dessen Tätigkeit mit Maschinen günstiger und schneller verrichtet werden kann. Dieser Mensch bekommt vielleicht keine Abfindung und gerät unter Druck, eine neue Erwerbstätigkeit zu finden. Schafft er das nicht schnell genug, kann der Staat ihn unterstützen. Aber unter welchen Voraussetzungen passiert das im jetzigen System?



Der Mensch muss dann dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, ständig erreichbar sein, darf die Stadt nicht ohne Erlaubnis verlassen und kann zur Arbeit gezwungen werden, wenn die Arbeit zumutbar ist. Doch was ist zumutbar und wer entscheidet das? Haben Menschen kein Recht auf eigene Überzeugung von Ethik und Würde?

### Ist ein Sozialstaat ohne Zwangsarbeit finanzierbar?

Es gibt mehrere Konzepte zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, und dabei dürfen wir unsere Würde sogar behalten! Das Steuersystem könnte sich etwas verändern, muss aber für die Einführung eines Grundeinkommens nicht zwangsläufig geändert werden. Die Sozialleistungen, die jetzt vom Staat gezahlt werden, sind so hoch, dass es für ein Grundeinkommen für alle Bürger\*innen reicht, also für jede/jeden monatlich über 1000 Euro. Im Moment wird noch unnötigerweise viel Geld für die Verwaltung der Arbeitslosigkeit und für die Kontrolle der Menschen ausgegeben. Und vielleicht könnten Gewerkschaften die Berufsberatung übernehmen, anstatt mit ihren Gedanken über Mindestlöhne Zeit und Energie zu verschwenden. Der Mindestlohn wird obsolet, wenn jeder Mensch selbst entscheiden kann, ob und für wie viel Geld er eine Tätigkeit annimmt. Denn es gäbe ja keinen Hungerlohn mehr, für sein Essen wäre durch das

Grundeinkommen gesorgt. Wenn du Lust hast, dich mit einem Modell zu beschäftigen, könntest du dich zum Beispiel hier informieren:

[www.bge-rechner.de](http://www.bge-rechner.de)

Es ist hinsichtlich gesellschaftlicher Ungleichheiten und wegfallender Arbeitsplätze doch wohl klar, dass das bedingungslose Grundeinkommen **notwendig** ist und dass der politische Wille da sein muss, um es einzuführen. Also **ist** es zu finanzieren.

### Menschen wollen sinnvoll tätig sein.

Wir leben im Zeitalter der Digitalisierung – das ist auch positiv zu sehen:

Maschinen nehmen uns Arbeit ab. Wir brauchen also nicht mehr so viel und so hart zu arbeiten. Menschen sollten nicht zu sinnloser Arbeit gezwungen werden, die sowieso von Maschinen übernommen werden kann und unnötig oder sogar schädlich für Umwelt und Gesundheit ist. Die meisten Menschen möchten ihre Fähigkeiten frei entfalten und **Sinn** in ihrem Schaffen entdecken.

Das Einkommen ist Mittel zum Zweck – ohne Einkommen kann man nicht leben, also auch nicht arbeiten. Ein Einkommen sollte also **vor** verrichteter Arbeit gegeben werden. Sozialgelder müssen jetzt so verteilt werden, dass jede Bürgerin und jeder Bürger ein Stück von diesem Kuchen des Fortschritts



abbekommt und trotz/mit-Hilfe-von Maschinen keiner auf der Strecke bleibt. Da genug Nahrung produziert werden kann und sich selbst produziert (siehe aus dem Fenster z.B. auf einen Apfelbaum), muss es jetzt nur noch eine Regelung geben, wie alle gerecht gefüttert werden. Es gibt effektive Wege zur Abschaffung der Armut.

## Liebe geht durch den Magen

„Würden dann alle aufhören zu arbeiten?“

Antwort: Höchstwahrscheinlich nicht. Augen auf: Es wird doch jetzt schon trotz schlechter oder sogar fehlender Entlohnung

gearbeitet, und eine Auflistung dieser Tätigkeiten würde den Umfang dieses Blättchens sprengen. Falls man in einem Bereich keine freiwilligen Mitarbeiter\*innen findet, muss man eben selbst tätig werden, den Betrieb schließen, **oder:** die Arbeitsbedingungen verbessern! Probiere das aus und du wirst dich über ein motiviertes produktives Team freuen!



Wollen wir mit einem Grundeinkommen alle eingeschlafenen Alp-Träumer wach küssen? Dann geht anstelle eines Knurrens wieder Liebe durch alle Mägen. Guten Appetit!

*Nadja Lutter*

*Nadja Lutter ist in Roetgen aufgewachsen und lebt nun in Hamburg. Sie ist im Hamburger Netzwerk Grundeinkommen aktiv. Sie findet, dass in einem reichen Dorf wie Roetgen das bedingungslose Grundeinkommen getestet werden sollte. In armen Dörfern wurde und wird es bereits getestet (z.B. in Otjivero in Namibia und in einigen Dörfern in Kenia). Auch im kanadischen Dauphin, damals „Stadt ohne Armut“, wurde es getestet, mit überwiegend positiven Auswirkungen.*

Literaturtipps:

- Thomas Straubhaar „RADIKAL GERECHT“
- G. Werner, M. Weik, M. Friedrich „SONST KNALLT'S“



# MARSHALLPLAN FÜR AFRIKA

Ein Marshallplan für Afrika soll es richten

Um Fluchtursachen zu verhindern soll, nun ein neuer Marshallplan aufgelegt werden.







1947,

Deutschland liegt in Trümmern - etwa 14 Millionen Deutsche, hauptsächlich aus Mittel- und Osteuropa, werden Opfer von Flucht und Vertreibung. Die gewaltigen Flüchtlingsmassen müssen verteilt und integriert werden. Sie gelten im hungernden Nachkriegsdeutschland schlicht als Nahrungskonkurrenten, denen oftmals Hass und abermalige Verfolgung entgegenschlägt. Da entschließt sich die amerikanische Regierung mit einem groß aufgelegten Wiederaufbauprogramm - dem sogenannten Marshallplan - Europas Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen. Diesem Ziel ging natürlich jener Gedanke voraus, sozialistisches Gedankengut und den sich ausbreitenden Kommunismus zu verhindern sowie von einer zukünftig florierenden europäischen Wirtschaft zu profitieren. Das Wiederaufbauprogramm belief sich auf 14 Mrd. US Dollar, wovon letztendlich nur 1,4 Mrd. Dollar als Darlehen zurückgefordert wurden. 10% der Gesamtmittel flossen nach Deutschland; die restlichen 90% wurden auf 12 weitere Länder Europas (bspw. Großbritannien, Frankreich, Italien etc.) verteilt.

2017,

siebzig Jahre später zählt der UNHCR (Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen) weltweit 65,6 Millionen Menschen auf der Flucht - dies ist die höchste Zahl, die jemals verzeichnet wurde. 9 von 10 Geflüchteten (84%) kommen aus Entwicklungsländern, vorwiegend aus Afrika, wo sie allerdings in ihrer großen Mehrheit von den jeweiligen Nachbarländern aufgenommen werden. Nur knapp drei Prozent aller Flüchtlinge macht sich überhaupt auf den beschwerlichen Weg nach Europa. Das sich täglich abspielende humanitäre Drama der Flucht über das Mittelmeer ist bekannt und selbstsprechend.

## Angst vor Flüchtlingsströmen

Und wieder geht in Deutschland und Europa die große Angst vor ansteigenden Flüchtlingsströmen umher. Weniger eine reale als mehr eine gefühlte Angst vor notleidenden Menschen, die uns etwas wegnehmen könnten. Allerdings existiert ein enormer Unterschied zu 1947 ... wir leben heute in einem politisch stabilen, wirtschaftlich reichen und humanitär sicheren Land. Auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich auseinanderdriftet und soziale Ungerechtigkeiten zunehmen, es drohen uns kein Krieg, keine Verfolgung, keine Folter, kein Verhungern.

NRW Integrationsminister Stamp (FDP) schlägt Alarm: „Der **Marshallplan für Afrika** muss schnell umgesetzt werden, sonst werden wir überrannt!“



Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) weiß ebenso das Feuer der Panikmache zu schüren, wenn er immer wieder vor 2,5 Mrd. Menschen in Afrika warnt, von denen sich bis zum Jahr 2050 Millionen bei uns in Europa aufhalten würden. Er nennt eine Zahl, die er mit dem Bevölkerungszuwachs in Afrika begründet, der allerdings weltweit rückläufig ist.

### Die wirklichen Fluchtursachen werden ignoriert! Schlechte medizinische und schulische Versorgung, Klimawandel und Ausbeutung

Entscheidend ist vielmehr die geringe Lebenserwartung, die wiederum in direktem Bezug zur Ernährungssituation und zur medizinischen Versorgung steht. Der sogenannte Bevölkerungsdruck ist eine Folge von Armut, Mangel



an sozialem Wirtschaftswachstum, einer miserablen **Gesundheitsversorgung** und äußerst niedrigen **Bildungschancen** für die große Mehrheit der Afrikaner, besonders für Mädchen und junge Frauen.

Entscheidend ist ebenso der **Klimawandel**. In den kommenden Jahrzehnten wird Afrika der am stärksten vom Klimawandel betroffene Kontinent sein mit verheerenden Auswirkungen auf die afrikanische Landwirtschaft - ein Sektor, von dem rund 70% der afrikanischen Bevölkerung lebt. Sie sind letztendlich die Verlierer beim Klimawandel, obwohl Afrika selbst die geringsten Schadstoffemissionen produziert – weniger als drei Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen entstammen dem afrikanischen Kontinent.



Entscheidend ist allerdings auch die **Ausbeutung** afrikanischer Länder, denn der Wettstreit um Ressourcen verstärkt sich zunehmend durch den enormen Verbrauch der westlichen Industriestaaten. In Europa rechnet man pro Kopf mit einem Rohstoffverbrauch, der viermal so hoch ist wie der in Afrika. Jedoch erreichen die Rohstoffgewinne die Wirtschaft dieser Länder häufig nicht, so dass nur einige wenige Menschen im Land sowie die internationalen Konzerne vom „Rohstoffsegen“ profitieren. So ist es nicht verwunderlich, dass Regierungen aus Industriestaaten, afrikanische Nachbarländer, Armeen, Kriegsfürsten, Waffenhändler oder Schmuggler die Konflikte in diesen Ländern immer weiter vorantreiben.

### „Afrika ist nicht der Kontinent der billigen Ressourcen.“

Schon erstaunlich, dass nun jener Entwicklungsminister Müller mit all diesem Hintergrundwissen während seiner Reisen durch Afrika deutlich in Interviews betont, „... dass Afrika nicht der Kontinent billiger Ressourcen ist, sondern die Menschen dort Infrastruktur und Zukunft benötigen“, hier im eigenen Land jedoch, so wie viele andere aus Politik und Wirtschaft auch, nicht die eigentlichen Fluchtursachen nennt. Und so reisten in den vergangenen Monaten verschiedenste Delegationen und natürlich auch unsere Bundeskanzlerin nach Afrika - immer mit jenem berühmten Marshallplan im Gepäck, der nun mittels einer Partnerschaft mit Afrika stabile Rahmenbedingungen für inklusives Wachstum und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung bieten soll.

Dann sind da aber auch noch die korrupten afrikanischen Politiker, welche die Gier nach Macht und Reichtum ihrer ehemaligen Kolonialherren fortsetzen. Es ist der neokoloniale Duktus der Freihandelsabkommen zwischen Europa und den afrikanischen Ländern, EPAS genannt, welches Europa ermöglicht, afrikanische Güter (z.B. Rohstoffe) zu Billigpreisen zu importieren und zudem eigene teure Produkte (z.B. Maschinen, Fahrzeuge) nach Afrika zu exportieren.

### Reformen vorantreiben, EPAS ablehnen

Der Marshallplan würde glaubwürdig, wenn er mit vielen Reformen sowie auch mit der Ankündigung verbunden wäre, dass der Entwicklungsminister und Deutschland ihre Zustimmung zu EPAS verweigern und im EU-Rat bei allen geplanten Handelsabkommen mit Nein stimmen, die eine weitere Öffnung der Agrarmärkte von Entwicklungsländern für europäische Exporte vorsehen. Schließlich hat die EU-Kommission oft genug deutlich gemacht, dass sie nicht bereit ist, auch nur einen Millimeter von ihrer marktfundamentalistischen Handelspolitik abzurücken.



## Generalrevision der EU-Handelspolitik erforderlich

Seien wir mal ehrlich: Der von Müller geforderte „faire Handel statt freiem Handel“ verdiente diesen Namen nur, wenn die gesamte EU-Handelspolitik einer Generalrevision unterzogen würde. Diese müsste allerdings gegen massivste Widerstände in Deutschland, der meisten anderen EU-Staaten und gegen die EU-Kommission durchgesetzt werden. Was also im Marshallplan fehlt, ist das, was Europa und Deutschland nicht mehr tun sollten. Die Handelspolitik der EU nützt nur bestimmten Wirtschaftssektoren der EU, nicht den Menschen in Afrika. Die Agrarexporte der EU haben weiten Teilen der Landwirtschaft und des ländlichen Raums in Afrika schwer geschadet. Sie müssen drastisch zurückgeführt werden. Es stimmt, Afrika könnte sich selbst ernähren, aber stattdessen gibt Afrika jährlich 35 Milliarden US-Dollar für den Import von Lebensmitteln aus. Ein Großteil dieser Summe wandert nach Europa.

„Im ländlichen Raum liegt die Zukunft Afrikas“, so steht es im Entwurf des Marshallplans des BMZ - aber nicht, wenn Europas Handelspolitik so bleibt wie sie ist. Wer sich über Wirtschaftsmigranten aufregt, muss aufhören, aus purem Eigennutz der (Land-)Wirtschaft in den Ländern Afrikas zu schaden.

### Nicht für – sondern mit Afrika!

Afrikanische, europäische und internationale Nichtregierungsorganisationen haben das Potential, einen Entwicklungsweg politisch zu fordern und verantwortlich umzusetzen – eine wirkliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Armen sowie die Schaffung von dauerhaft demokratischen Strukturen wäre das Ergebnis. Selbst die Forderung vieler afrikanischer Politiker, Wissenschaftler, Unternehmer und besonders auch der afrikanischen Jugend lautet: „Nicht für - sondern mit Afrika“.

Europa will das Flüchtlingsthema schnell und zudem auch noch gewinnbringend vom Tisch haben, während die afrikanischen Partner Teilhabe an der weltweiten Entwicklung fordern. Um aber das Aufkommen von Eigeninteressen zu kontrollieren, wäre eine enge Zusammenarbeit mit Fachgruppen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen notwendig, denn ein Marshallplan, der bspw. im Rahmen der Umsetzung mit Despoten in Libyen oder Eritrea Abmachungen in eigenem Interesse zulässt, ist zum Scheitern verurteilt.

Leider unterliegen die von der Bundesregierung propagierte Migrationspartnerschaft und der von ihr lancierte Marshallplan leeren Worthülsen, die unglaubliches Handeln implizieren.



## Die Partei die Grünen/ Bündnis 90 schlägt eine andere Vorgehensweise vor:

- Dialog, konkrete Planungen auf Augenhöhe und Aktion gemeinsam auf Ebene der europäischen Union mit der afrikanischen Union.
- Nichtregierungsorganisationen, kirchliche (nicht missionarische) Organisationen, die politischen Stiftungen und freie Träger sollten im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips vorrangig die internationale Entwicklungsarbeit bestimmen.
- Abmachungen und verbindliche Regelmechanismen müssen eingeführt werden, denn dort, wo man sich für Privatinvestitionen öffnet, ist absolute Transparenz des Finanzsektors erforderlich.
- Unterstützung der Wertschöpfung von Rohstoffen hin zu Gütern des täglichen Bedarfs in Afrika.
- Schutzzölle und arbeitsintensive Investitionen im Agrarsektor sind gefordert, denn der afrikanische Jobmacher schlechthin ist die Landwirtschaft.
- Der Aufbau einer Nachernte-Infrastruktur, denn bis zu 40% der Ernte verrottet auf afrikanischen Feldern und in lokalen Lagern.
- Ein funktionierendes Steuersystem - es ist die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Entwicklung.
  - Alle Kraft in die Grundbildung: Aufbau von Schulen, Ausrüstung der Schulen und Lehrerausbildungseinrichtungen.
  - Berufliche Bildung mit einem hohen Praxisanteil - hier könnte deutlich mehr deutsches Know-how eingebracht werden.
  - Ein Einwanderungsgesetz als Beitrag zur deutlichen Reduzierung illegaler Migration.



©Axel Müller\_Pixelio.de

### Und hier noch ein Wunsch für das internationale Roetgen:

Afrika scheint weit weg, und die Zusammenhänge zwischen unserer deutschen und europäischen Handelspolitik und den schlechten Lebensbedingungen in Afrika sind sehr komplex und abstrakt. Eine Städtepartnerschaft z.B. mit einer Gemeinde in Tunesien, Marokko, Kenia oder Senegal, Gesprächsrunden mit Gästen/Geflüchteten aus diesem Land oder eine Schulpatenschaft würden uns den Kontinent und die Menschen dort näher bringen, persönliche Kontakte herstellen und damit auch die vielfältigen Verflechtungen für uns erlebbar machen.

Karl Wirtz

## GRÜN MACHT DEN UNTERSCHIED - DER ÖKO-CHECK

Im Frühjahr wurden in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein neue Landtage gewählt. Während die rot-grüne Landesregierung in NRW abgewählt und durch eine schwarz-gelbe Landesregierung abgelöst wurde, gibt es in SH auch weiterhin eine GRÜNE Regierungsbeteiligung, nicht mehr mit der SPD zusammen, sondern mit CDU und FDP, eine sogenannte Jamaika-Koalition.

Unser kurzer Ökocheck der beiden Koalitionsverträge in NRW und SH zeigt, das GRÜN den Unterschied macht. Alle wichtigen ökologischen Themen, Klimaschutz, Energiewende, Verkehrswende, Artenschutz, Fracking und umwelt- und tiergerechte Landwirtschaft, kommen in NRW nicht mehr vor...

### KOALITIONSVERTRÄGE IM ÖKO-CHECK:

	SH	NRW
Klimaschutzgesetz umsetzen, Kohle stoppen	✓	✗
Energiewende fortführen, Wind- & Solarenergie ausbauen Energie einsparen	✓	✗
Kein Fracking zulassen	✓	✗
Verlust der Biodiversität stoppen, Artenvielfalt schützen	✓	✗
Flächenfraß stoppen	✓	✗
Massentierhaltung stoppen, umwelt, tier- klimagerechte Landwirtschaft fördern	✓	✗
Verkehrswende einleiten, ÖPNV & E-Mobilität fördern weniger Straßenneubau	✓	✗